



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/LX/200 - 6.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931-33
Fernschreiber 099890

Zu den Kanzler-Erklärungen	S. 1
Die neue Kirchenpolitik Moskaus	S. 3
Materieller und geistiger Hunger in Ostbayern	S. 5
Friedrich Stampfer - 80 Jahre	S. 7

Die Nerven verloren?

-ler Hat jemand im privaten Bereich Enttäuschungen erlebt, so nimmt es ihm niemand übel, wenn er seinem Herzen kräftig Luft macht und mit seinem Unmut nicht zurückhält; wenn aber der verantwortliche Lenker eines Staates nach einem Zusammenbruch seiner Pläne die Geduld und den Sinn für die Wirklichkeit verliert, dann gleicht er dem Elefanten im Porzellanladen. Wohl kein Ereignis der letzten Zeit hat dem Ansehen der Bundestepublik soviel geschadet als die letzte Kanzler-Rede und mehr noch das vorangegangene Kanzler-Interview in der konservativen "Times". Wenn Dr. Adenauer, von dem man sagt, er sei ein Meister der Taktik und der Verhandlungskunst auf internationalem Parkett, damit den Graben zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vertiefen wollte, so ist es ihm in einer außerordentlich hohen Maße gelungen. Noch mehr solcher Reden versteckter Drohungen erbitterter Anklagen und falscher Behauptungen und der angestiftete Schaden wird dann unheilbar sein.

War dies die Sprache eines Europäers? Eine Bemerkung, wie jene, dass sich in Paris die Kommunisten etabliert hätten, muß in französischen Ohren provokativ wirken und leidenschaftliche Ablehnung hervorrufen. Der faszinierende Erfolg eines Mendes-France und das internationale Ansehen, das er genießt, sind doch darauf zurückzuführen, dass er den Mut hatte, das Parlament vor Entscheidungen zu stellen, um die sich seine Vorgänger gedrückt hatten. Das Bleigewicht des Indochina-Krieges lähmte Frankreich und zehrte an seinen Kräften; Mendes-France beendete eine Epoche, in der Frankreich einem innen- und außenpolitischen Chaos zusteuerte. Und so wurde auch der Genfer-Kompromis von dem französischen Volk als eine Befreiung von einer Last empfunden, die es nicht mehr tragen konnte.

Gerade dies aber macht der Bundeskanzler dem französischen Ministerpräsidenten zum Vorwurf. Er stempelt ihn, wie es in ähnlichen Fällen auch ein anderer deutscher "Staatsmann" einst tat, zum Werkzeug Moskaus, damit wieder einmal beweisend, dass ihm und seinen professoralen Beratern das Organ und das Einfühlungsvermögen für das Verständnis politischer und psychologischer Zusammenhänge fehlen. Wollte der Kanzler mit dieser Bemerkung den Franzosen sagen, sie hätten bis zum Weißbluten in den Dschungeln Indochinas kämpfen sollen? Ist Mendes-France deshalb ein schlechter "Europäer", weil er dem sinnlosen Sterben junger Franzosen und deutscher Fremden-Legionäre ein Ende setzte?

Die Behauptung, Mendes-France vertrete nicht die Mehrheit der Franzosen und Frankreich habe sich mit der Absage an die EVG isoliert, schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Die EVG-Anhänger waren und sind im Parlament wie auch im Volke in einer hoffnungslosen Mindärtheit. Aber davon abgesehen: die über fünf Millionen Franzosen, die 100 KP-Abgeordnete ins Parlament entsandten, gehören ebenso zu Frankreich wie die geschlagenen EVG-Anhänger; jeder französische Staatsmann, der kein europäisches Wolken-Kukukshorn errichten und sich dem eigenen Volk nicht entfremden will, muß mit dieser Millionenzahl rechnen. Sie drückt ja nicht den Grad von Zugehörigkeit der kommunistisch wählenden Franzosen zu Moskau aus, sondern viel mehr das Maß von Unzufriedenheit, Unbehagen und Empörung über eine Politik, die bis zu Mendes-France die Entwicklung einfach treiben ließ. Es ist leider zu befürchten, dass die eigentlichen Gewinner des Kanzler-Interviews die französischen Kommunisten sein werden. Es gibt ihnen alle Möglichkeiten, auf der Klaviatur eines tiefverwurzelten Misstrauens des französischen Volkes sich zum nationalen Vorkämpfer gegen die "deutsche Gefahr" aufzuspielen. Nicht zum Nutzen Deutschlands, Frankreichs und Europas.

Eine andere Äußerung des Kanzlers berührt eine Grundfrage der deutschen Politik und der Zusammenhang, in dem sie gestellt ist, lässt schwerste Befürchtungen für die Haltung der Bundesregierung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung aufkommen. Auf der Brüsseler Konferenz wandte sich bei der Unterredung mit Mendes-France der Bundeskanzler dagegen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das Recht habe, aus der EVG auszutreten. Dies wäre, sagte der Kanzler zum französischen Ministerpräsidenten, nach seiner Auffassung eine Einladung an Rußland, "die Wiedervereinigung Deutschlands durch jedes Mittel zu erreichen und so die Europa-Armee zu einem Ende zu bringen".

Offenherziger wurde vom derzeitigen Lenker der deutschen Politik der Vorrang von kleineuropäischen Lösungen, ausgehend von der Spaltung unseres Landes, vor der Wiedervereinigung noch niemals herausgestellt. Das heißt doch mit anderen Worten, dass der Bundeskanzler jeden, aber auch jeden Vorschlag der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung in den Wind schlagen wird, solange nicht hinter den künftigen deutschen Unterhändlern auf einer Friedenskonferenz deutsche Divisionen und Kanonen stehen. Eine deutsche Außenpolitik, in diesem Geiste geführt, muß zwangsläufig zur Isolierung der Bundesrepublik führen, die Zerrissenheit Europas ins Unerträgliche steigern und die Spaltung Deutschlands verewigen.

Änderung der Kirchenpolitik in Rußland

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Seit dem Dekret vom 4. September 1943 waren die Kirchen in der Sowjetunion offiziell anerkannt. Die orthodoxe Kirche wurde sogar von der Sowjetregierung unterstützt und der Patriarch von Moskau Alexij erhielt 1947 den Orden der Roten Fahne. Gleichzeitig wurde der Gottlosenverband aufgelöst und seine Zeitschriften eingestellt. Diese wohlwollende Politik gegenüber den Kirchen war durch die Kriegseignisse hervorgerufen. Die Kirchen konnten im Kriege viel zur geistigen Mobilisierung der noch stark religiösen Bauernmassen Rußlands beitragen. Andererseits wurde die offizielle Anerkennung der Kirchen zu propagandistischen Zwecken im Auslande, besonders bei den damaligen Verbündeten Rußlands, in den USA und in England, gut ausgenutzt.

In den mehr als zehn Jahren nach 1943 haben sich die Kirchen in der Sowjetunion wieder konsolidiert. Besonders stark hat sich die orthodoxe Kirche entwickelt. Es gibt nunmehr in Rußland mehr als 25.000 Kirchengemeinden mit rund 30.000 orthodoxen Priestern, zehn theologische Schulen und zwei geistlichen Akademien in Moskau und Leningrad. Auch etwa 100 Klöster existieren wieder. Das Patriarchat gibt in Moskau eine eigene Zeitschrift "Journal des Patriarchates von Moskau" heraus, das die wichtigsten Kirchennachrichten und Artikel in religiösen Fragen enthält. Ähnlich haben sich auch die übrigen Konfessionen organisiert, darunter die lutherische und die katholische Kirche. Die Zeitschrift des Patriarchates berichtete oft über "den gewaltigen Zustrom von Gläubigen", die sich zu den Gottesdiensten drängten. In manchen Fällen haben sogar Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes sich in der Kirche trauen lassen. Da die Kirchen die einzigen zugelassenen nichtkommunistischen Organisationen in Rußland sind, so begannen sie allmählich immer mehr Anhänger unter den mit dem Sowjetregime unzufriedenen Massen zu finden. Es entstand auch eine christlich-sozialistische Bewegung, deren Mitglieder außerhalb der Kirche eine illegale religiöse Propaganda führten,

weil der Kirche selbst jegliche Missionstätigkeit auch nach 1943 untersagt ist. Mit der Zeit wurde die Situation für die Herrscher in Moskau unbehaglich. Zwar hatten sich die Kirchen der Sowjetdiktatur angepasst: sie popularisierten von der Kanzel die Beschlüsse der Sowjetregierung und stärkten sie mit kirchlichem Segen. Die KPdSU konnte jedoch nicht zulassen, dass die Kirchen allzu stark wurden. Trotz ihrer Loyalität gegenüber der Sowjetdiktatur, waren sie doch nur geduldete Fremdkörper im Sowjetstaate.

Die antireligiöse Propaganda, die seit 1943 fast völlig eingestellt war, ist nun plötzlich wieder mit großem Eifer aufgenommen worden. Sie begann mit einem Artikel in der "Prawda", in dem es hieß, dass trotz der politischen Ergebenheit die Kirchen noch immer eine nichtwissenschaftliche Weltanschauung verbreiten, die mit der kommunistischen Theorie unvereinbar sei. Die Religion sei ein Aberglaube und "Überbleibsel des Kapitalismus". Es sei "die Pflicht der Parteiorganisationen, in kürzester Zeit die vorhandenen Mängel zu beseitigen und die wissenschaftlich-atheistische Propaganda zu aktivieren." Auch die leitende Zeitschrift der Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der KPdSU "Partijnaja Schisnj" ermahnte in ihrer Augustnummer, den ganzen Propagandaapparat der Partei, sich wieder mit der antireligiösen Agitation zu befassen. Die Zeitschrift weist auf die gefährliche Rolle der guten Kirchenchöre und der "attraktiven Kirchenfeiern" hin, die mit den oft sehr langweiligen Komsomolveranstaltungen mit Erfolg bei der Jugend konkurrieren. Besonders scharfe Angriffe gegen die Religion enthält die Jugendpresse. Im August sind drei antireligiöse Bücher und Broschüren in großen Massenaufgaben erschienen. Eine besondere Zeitschrift "Wissenschaft und Religion" soll demnächst herausgegeben werden. Der ganze kommunistische Propagandaapparat hat sich also der neuen von der Partelleitung eingeleiteten Großoffensive gegen die Religion gewidmet.

Prinzipiell unterscheidet sich die heutige antireligiöse Propaganda von der früheren, wie sie zuletzt in den dreißiger Jahren geführt wurde, durch etwas mildere Methoden. In den Artikeln der Sowjetpresse wird betont, dass man keine "administrativen Mittel" an-

wenden soll, d.h. man darf die Gläubigen nicht mit Gewalt aus den Kirchen jagen. Die Propagandisten sollen auch keine groben Reden halten, die die "religiösen Gefühle der Gläubigen verletzen können". Die 7 Millionen Mitglieder und Kandidaten der KPdSU und die 19 Millionen Mitglieder des Komsomols dürfen die Kirchen nicht besuchen. Die neue Kirchenpolitik der Sowjetdiktatur will die Tätigkeit der Kirchen ausschließlich auf die Mitglieder der Kirchengemeinden einschränken und durch ihren Propagandaapparat erreichen, dass die Kirchen keine neuen Anhänger außerhalb der Kirche erhalten.

+ + +

An der "Pulverlinie" hungern sie nach Wissen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Seit Kriegsende, seit an der tschechischen Grenze der Eisernen Vorhang heruntergelassen worden ist, liegt Ostbayern - übrigens nun schon zum zweitenmal in seiner wechselvollen, mehr als tausendjährigen Geschichte - im toten Winkel. Jedenfalls kommt es nicht von ungefähr, dass jetzt die Menschen dort, von einem politischen Verhängnis an den kassersten, gefährdeten Rand der westlichen Welt gedrängt, immer lauter und verbitterter die Frage erheben: "Hat man uns denn ganz und gar abgeschrieben?" Und erst vor wenigen Monaten hat der Regensburger SPD-Bürgermeister Rothammer seine Begrüßungsansprache an einen Kreis Bonner Journalisten mit den Worten beschlossen: "Wie auch immer die Dinge liegen mögen und was auch immer Sie auf Ihrer Grenzlandfahrt hören und sehen werden, dieses eine Wissen jedenfalls sollen und dürfen Sie mit nach Hause nehmen: Wir haben es satt, dass unsere ostbayerische Heimat im Zusammenhang mit der EWG dauernd nur als Pulverlinie bezeichnet wird!"

Gewiß sind in den Parlamenten in München und in Bonn die Grenzlandhilfen für "das bayerische Aschenbrödel" bereits zu einem Begriff geworden. Aber nur wenig oder fast gar nichts hört man darüber, dass dieses Stückchen Land an der tschechischen Grenze zu einem geistigen Kampfraum schärfster Ausprägung geworden ist.

Räume reichen nicht aus

Die ostbayerische Grenzlandsituation ist gefährlich und bedenklich genug, aber noch größer - und dies wiederum zu wissen ist einigermaßen tröstlich - ist die geistige Aufnahmebereitschaft, um nicht zu sagen: der Heißhunger einer Bevölkerung, die man als Hinterwäldler gern ein wenig über die Schulter anzuschauen sich angewöhnt hat, nach der berühmten geistigen "Nahrung". Wenn einst das Schlagwort "Wissen ist Macht" geprägt werden konnte, so scheint für den Kenner ostbayer-

rischer Grenzlandverhältnisse es kaum so viel an Wissen zu geben, als dass es in Ostbayern, diesem "Faß ohne Boden", nicht könnte mühelos aufgenommen werden.

In der Stadt Amberg zum Beispiel, die 43000 Einwohner zählt, muß fast bei jeder Veranstaltung der Volkshochschule der einzige zur Verfügung stehende Raum, der rund 300 Personen fassende große Sitzungssaal des Rathauses wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden. Und erst kürzlich wurde im gleichen Sitzungssaal die Landestagung des Bayerischen Landesverbandes für freie Volksbildung abgehalten, an der erstmals ein Kabinettsmitglied teilnahm, der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Josef Schwalber, und ein Bekenntnis zur Idee der Erwachsenenbildung ablegte. Gewiß könnte es sich hierbei nur um "goldene Ministerworte" handeln, die ja nichts kosten. Doch schließlich konnte Schwalber darauf hinweisen, dass der bayerische Landtag auch in diesem Jahr für die Zwecke der Erwachsenenbildung wiederum 250.000 DM bewilligt hat.

Grenzlanderbeit seit 1946

Es sind dies Tatsachen, die gerade im Hinblick auf das politisch, wirtschaftlich und kulturell bedrohte ostbayerische Grenzland bedeutsam sind. An der tschechischen Grenze, das unterliegt gar keinem Zweifel mehr, weht heutzutage der Wind gar gefährlich. Nicht umsonst auch haben auf der Landestagung in Amberg gerade diejenigen Volksbildner, die das ostbayerische Grenzland von Passau bis Coburg aus jahrelanger Erfahrung kennen, warnend darauf hingewiesen, dass man dort weniger nach dem "goldenen Westen" schaue, sondern eben nach dem Osten, aus dem, wie die kleinen Wasserchen aus dem Wald, gar schöne Bücher und Broschüren einsickern und vom "Paradies" jenseits des Eisernen Vorhanges berichten.

Immerhin, weiß man noch in Ostbayern, wohin man eigentlich gehört. Noch ist ja die Kraft der Heimerde, aus so vielen Steinen und so wenig Brot diese auch bestehen mag, lebendig und noch ist das Grenzland so unendlich dankbar für jedes Körnchen Kulturdünger, der der alten Art gemäß ist. In diesem Zusammenhang erklärte denn auch der erste Landesvorsitzende Dr. Paul Wilpert als die treibende Kraft der geistigen Grenzlandhilfe: "Aus der nüchternen Überlegung, dass es angesichts der obwaltenden Umstände fraglich bleiben muß, ob auch eine an sich grenzstarke Bevölkerung gegen die Einflüsse aus dem Osten auf die Dauer immun bleiben wird, nahm bereits im Jahre 1946 der Bayerische Landesverband für freie Volksbildung seine Grenzlanderbeit auf. Sie galt vorzüglich und vom ersten Tag an der geistigen und damit im besonderen Fall auch der politischen Bedrohung aus dem Osten."

Politische Themen gefragt

Bildungsstätten, Bollwerke, Aussenforts, Widerstandsnester oder wie immer man es auch nennen mag: es ist und bleibt erstaunlich und bewunderungswürdig, was da, mit schwachen Kräften aufgebaut, jedoch in zäher Konsequenz weiterverfolgt, im ostbayerischen Grenzland ent-

standen ist und immer noch weiter auf- und ausgebaut wird. Auf hunderten von Tournee- und programmgebundenen Veranstaltungen wurden und werden tausende von Menschen, alte und junge, angesprochen. Und was bei all diesen Veranstaltungen seit eh und je die Wirtshäuser und Schulzimmer bis zum letzten Platz füllt und beim Publikum garantiert "ankommt", das waren und sind vornehmlich politische Themen, wie etwa die Deutschlandpolitik der Weltmächte seit 1945, die europäische Verteidigungsgemeinschaft und insbesondere das Ost-West-Problem.

Zwei und mehr Stunden weit kommen die Menschen aus den entferntesten Grenzlandwinkeln zu diesen Veranstaltungen der Volkshochschulen und Volksbildungswerke, ungeachtet der Witterung und manchmal auf Straßen, die so schlecht sind, dass nicht einmal die Milch abgefahren werden kann. Und besteht auch nur die Möglichkeit der Errichtung einer Volksbücherei, dann türmen sich bei den zuständigen Behörden die Briefe, die oft genug vom Bürgermeister und vom Ortsgeistlichen und vom Dorfschullehrer gemeinsam unterzeichnet sind: "Bitte, vergesst uns nicht, auch wenn unsere ganze Gemeinde nur Volksbücherei-Aktion nur 39 DM aufbringen kann."

Um diesen ostbayerischen Menschen geht es nun. Man darf ihn nicht auch noch geistig Hunger leiden lassen, will man eine Situation verhindern, die letztlich so gefährlich und ausweglos werden müßte, dass sie die Menschen, insbesondere die Bewohner des Bayerischen Waldes, entweder aus nacktem Selbsterhaltungstrieb immer noch mehr zur Abwanderung zwingt oder, wenn sie ihre alte Heimat schon nicht im Stich lassen können, sie der Verzweiflung und der dumpfen Lethargie in die Arme jagt.

+ + + - n

Der Journalist, wie er sein muß

P.M. Wenn die sozialdemokratische Presse zu einem bedeutenden Instrument der Meinungs- und Willensbildung im demokratischen Deutschland geworden ist, so darf der hervorragende Anteil nicht übersehen werden, den der heute 80 jährige Friedrich Stampfer an dieser Entwicklung genommen hat. Stampfer ist der Journalist come il faut, dessen Wirken mehreren Generationen sozialdemokratischer Publizisten zum selten erreichten Vorbild gedient hat.

Als Sohn einer alten deutschen Familie wurde Stampfer am 7. September 1874 in Brünn geboren. Nachdem er sich schon als 18-jähriger Student der Staatswissenschaften in Wien unter dem Einfluß Kautskys der Arbeiterbewegung angeschlossen hatte, kam er 1900 nach Deutschland und begann seine journalistische Laufbahn an der "Leipziger Volkszeitung", die der kurz zuvor verstorbene Reorganisator der sozialdemokratischen Presse, Bruno Schönlank, zu einer modernen Tageszeitung entwickelt hatte. Als zwei Jahre später der orthodoxe Marxgläubige Franz Mehring die Leitung des Blattes übernahm, ging der in-

zwischen zum stellvertretenden Chefredakteur aufgestiegene Stampfer, der damals bereits ein erklärter Gegner der dogmatischen Auslegung gewisser marxistischer Lehrrsätze war, nach Berlin, wo er dann mehr als 30 Jahre gewirkt und in dieser Zeit Aufstieg und Niedergang der sozialdemokratischen Partei, den Sturz des Kaiserreichs sowie das Werden und Vergehen der Weimarer Republik mit erlebt und mit gestaltet hat. Bis 1916 schrieb er als Herausgeber einer politischen Korrespondenz Tag für Tag seine Kommentare und Leitartikel für die sozialdemokratische Parteipresse, bis er nach dem bekannten "Vorwärts-Konflikt" im Jahre 1916 zum Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans berufen wurde. In dieser Stellung hat er in stürmischen Zeiten die Entscheidungen der Partei und damit den Geschichtsverlauf wesentlich beeinflusst, zumal er gleichzeitig auch Mitglied des Parteivorstandes war und von 1920 ab auch dem Deutschen Reichstag angehört hat.

Im Anschluß an den Reichstagsbrand begab sich Stampfer nach Prag, wo er zusammen mit Otto Wels, Hans Vogel und Rudolf Breitscheid die "Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei" bildete und das Zentralorgan unter dem Titel "Neuer Vorwärts" neu herausgab. Als die Hitlertruppen in Prag einmarschierten, wanderte er nach den Vereinigten Staaten aus, wo er als Chefredakteur der New Yorker "Neuen Volkszeitung", der einzigen Tageszeitung, die den Standpunkt der deutschen sozialdemokratischen Emigration vertrat, ständig zu den großen Fragen der internationalen Politik Stellung genommen hat, bei aller kompromislosen Gegnerschaft zum Hitlerregime stets mit der gleichen Energie und Leidenschaft die These von der Kollektivschuld Deutschlands und die auf ihr basierenden Morgenthaupläne bekämpfend.

Als 73 Jähriger in die Heimat zurückgekehrt, ist Friedrich Stampfer seitdem mit erstaunlicher Vitalität und ungebrochener geistiger Schaffenskraft unermüdlich wieder am alten Werk. Im "Stampfer-Dienst" kommentiert er nach wie vor in Beiträgen, die aus dem unerschöpflichen Fundus seines großen historischen Wissens geschöpft sind und die sich durch Reichtum und Originalität der Gedanken so wie durch ihren vollendeten Stil gleichermaßen auszeichnen, die aktuellen Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik, wobei er auch eigene Vorstellungen entwickelt, vor allem in dem Bestreben, die erstarrten Fronten zwischen Ost und West aufzulockern. Neben dieser journalistischen Aufgabe nimmt er einen Lehrauftrag an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main wahr.

Dass Stampfer nicht nur für den Tag geschrieben, sondern auch vieles geschaffen hat, was unsere Zeit überdauern wird, davon zeugen eine Reihe umfangreicher Schriften aus seiner Feder, so sein Buch "Grundbegriffe der Politik", sein Kommentar zum Görlitzer Programm der SPD, vor allem aber sein umfassendes Geschichtswerk "Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik", das aus seiner intimen Kenntnis der Ereignisse und Gestalten des Staates von Weimar geschöpft ist, und an dem niemand vorbeigehen kann, der sich um Klärung der historischen und politischen Zusammenhänge dieses bewegten Abschnittes deutscher Geschichte bemüht.